Im Hinblick auf die Ereignisse beim Stadtfest haben die Fraktionen in der Gemeinderatsitzung am 24/07/2017 einvernehmlich die folgende Erklärung abgegeben:

„Die Grundlagen für das Zusammenleben bei uns sind das das Grundgesetz und die Landesverfassung.

Es geht nichts über das Grundgesetz (GG) und unsere Verfassung. Über dieser Verfassung und ihren Freiheits- und Menschenrechten, steht auch keine Bibel, kein Koran, kein Talmud, keine religiöse oder ideologische Vorschrift.

Dies sind unser Land und unsere Gesellschaft. Hier sind alle Menschen willkommen, die sich an die Vorgaben des GG halten. Sie sind nicht verhandelbar. Wer die Menschen- und Freiheitsrechte nicht akzeptiert oder dagegen handelt, ist hier fehl am Platz.

Meinungsfreiheit heißt auch, über Meinungen streiten können. Das muss aber immer im Respekt gegenüber dem Anderen erfolgen. Auch wenn wir nicht jede Meinung teilen, so werden wir doch das Recht verteidigen, dass alle ihre Meinung sagen können. Gerade eine Stadt wie Rastatt, in der für die Freiheitsrechte gekämpft wurde, ist der Einhaltung dieser Rechte im Besonderen verpflichtet.

Wir beziehen damit nicht Partei für die Inhalte irgendeiner Seite sondern für das Recht der Meinungsfreiheit. Aber wir sagen auch: Hass und Diffamierung sind keine Meinung – und wir stellen uns solidarisch an die Seite derer, die mit Hass und Diffamierung überzogen werden, unabhängig ob wir deren Inhalte teilen.

Wir treten allen Versuchen entgegen, die innere Auseinandersetzungen aus anderen Ländern zu uns tragen. Wer hier leben will, soll das unterlassen oder soll zurück in sein Heimatland gehen.“

Hintergrund: Das Rastatter Stadtfest wird im Wesentlichen durch den Einsatz und die Aktivität der Vereine getragen. Für die Gruppen und Personen, die einen Beitrag geleistet haben, bedeutet dies einen hohen Aufwand. Dafür ist ihnen zu danken.

Der Rastatter Verein „Die Brücke für den Dialog“ war eine dieser Gruppen. Er hat sich auch bereits in der Vergangenheit bei Gemeinschaftsveranstaltungen in der Stadt engagiert und zu deren Gelingen beigetragen

Er wird von Erdogan nahe stehenden Personen oder Organisationen(?) immer wieder angegangen, weil er wohl Gülen-nahe ist. Das gipfelt in Boykott-Aufrufen, die fatal an die „Kauft nicht beim Juden-Kampagne“ im Dritten Reich erinnern. Das führt u. a. auch dazu, dass Personen eingeschüchtert werden und sich von den Aktivitäten zurückziehen. Auch hier gibt es historische Ähnlichkeiten.